

*Ihr Westpfälzer, jetzt habt ihr Gelegenheit, Kurt Beck zu zeigen, dass ihr mit seiner US-hörigen Politik nicht einverstanden seid!*

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 018/06 – 14.02.06



**Ihr Westpfälzer, macht am 26. März  
den Wahlzettel zum Denkmittel!**

# Was sagen die Programme verschiedener Parteien vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz zur Militärpräsenz und zu Konversionsvorhaben?

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN** (Das Wahlprogramm hat 96 Seiten.)

## 3. Frieden

Hohe Belastung mit militärischen Einrichtungen hemmen die zivilen Entwicklungschancen der verbliebenen Militärstandorte in Rheinland-Pfalz. Die atomare Abrüstung hat an den Landesgrenzen von Rheinland-Pfalz Halt gemacht. Auf den Militärflugplätzen Büchel und Ramstein sind immer noch Atomwaffen stationiert.

Die US-Airforce Flugplätze Ramstein und Spangdahlem sind in den letzten Jahren zum militärischen Luftwaffenzentrum der USA in Europa ausgebaut worden. Nach einem Jahrzehnt des Truppenabzuges und der Konversion von Militärliegenschaften hat die rot-gelbe Landesregierung den Ausbau der beiden US-Flugplätze aktiv betrieben und mitfinanziert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen den Widerstand der AnwohnerInnen gegen die Erweiterung der Airbase Ramstein aktiv. Die Stationierung der US-Atomwaffen und die technische nukleare Teilhabe der Bundeswehr in Büchel stehen für uns GRÜNE im Widerspruch zum völkerrechtsverbindlichen Verzicht Deutschlands auf die Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Wir GRÜNE fordern den Abzug aller Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz. Über den Umfang der Lagerung der Atomwaffen und das damit verbundene Gefährdungspotenzial muss informiert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die militärischen Belastungen vor allem in der Westpfalz und Eifel abgebaut werden. Wir fordern insbesondere den Abbau der Polygone-Anlagen und die Aufhebung der Tiefflugübungen über der Pfalz. Zivile Alternativen für Militärstandorte müssen schon jetzt geplant werden, um ökologisch vorteilhafte Konzepte realisieren zu können. Darüber hinaus sollen regionale Zukunftswerkstätten für Konversion gebildet werden.

Die praxisnahe Friedenswissenschaft in Rheinland-Pfalz muss unterstützt werden. Wir GRÜNE setzen uns für die Gründung einer Friedensakademie in Rheinland-Pfalz ein. Ausbildung und Einsatzvorbereitung für zivile KonfliktschlichterInnen müssen gerade in einem vom Militär hoch belasteten Bundesland unterstützt werden.

Im Luftraum über Rheinland-Pfalz finden weiterhin zahlreiche militärische Übungsflüge – oft verbunden mit Tiefflügen – statt. GRÜNE treten für eine weitere Verringerung der Belastungen durch militärische Übungsflüge ein. Für militärischen Flugbetrieb müssen die gleichen Lärmschutz-Grenzwerte gelten wie für die zivile Luftfahrt.

---

**CDU** (Das Wahlprogramm hat 116 Seiten.)

## II. 7. Konversion – zukunftsfähige Nutzung ehemaliger Militäranlagen und konstruktive Begleitung weiterhin stationierter Truppenteile im Land

Die Auflösung oder Verlegung von Truppenteilen der Bundeswehr oder der NATO in großem Umfang nach der Wende 1989/90 hat das Land vor große Herausforderungen gestellt. Aber die dann notwendige Konversion schafft nicht nur große Probleme, sondern bietet auch zukunftssträchtige Chancen. Paradebeispiele hierfür ist insbesondere der Flughafen Hahn.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird weiterhin bei der Freigabe ehemaliger Militärf Flächen alle sich bietenden Chancen rechtzeitig analysieren, um sie sinnvoll zu nutzen.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird auch weiterhin die im Land stationierten Truppenteile mit unterstützenden Rahmenbedingungen begleiten.

Im Gegensatz zur SPD war die Haltung der CDU zur Stationierung und zur Konversion

stets konstruktiv. Das gilt z. B. und gerade auch für das Flughafenprojekt Frankfurt-Hahn, mit dem sich die Landesregierung so sehr brüstet. Es war die CDU im Land und in der Region Hunsrück, die von Anfang an auf einen Erfolg als Zivilflughafen gesetzt hat, als die SPD in Landtagsdebatten noch fatalistisch äußerte, dass die Leute aus dem Hunsrück schon immer zur Arbeit ausgewandert sind. Die CDU unterstützt in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich die Umstrukturierungen für Teile des nördlichen Rheinland-Pfalz im Rahmen des Bonn-Berlin-Ausgleichs.

---

**FDP** (Das Wahlprogramm hat 172 Seiten.)  
**Verkehrspolitik, S.68**

Die FDP Rheinland-Pfalz fordert, im Bereich des Lärmschutzes die im Rheintal und im Moseltal eingeleiteten Lärmsanierungsmaßnahmen zur Verminderung des Schienenverkehrslärms weiter zu führen.

Die Erweiterung des Frankfurter Flughafens, die für die wirtschaftliche Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet unabdingbar ist, muss zu den für die betroffene rheinland-pfälzische Bevölkerung geringst möglichen Belastungen erfolgen. Die FDP Rheinland-Pfalz fordert im Übrigen, die aktiven Lärmschutzmaßnahmen durch technische Weiterentwicklung der Fluggeräte zu forcieren. Die Flugzeughersteller müssen ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet weiter intensivieren.

---

**SPD** (Das Wahlprogramm hat 49 Seiten.)

**I. Wir stärken den Wirtschaftsstandort und schaffen Arbeitsplätze**

**Unter Unsere Bilanz:** Die Herausforderungen der Konversion haben wir zu einer bundesweit anerkannten Erfolgsgeschichte für einen gelungenen Strukturwandel genutzt. Seit 1991 hat die SPD-geführte Landesregierung rund 1,7 Milliarden Euro in die Konversion investiert und damit rund 34.500 zivile Arbeitsplätze mit Zukunft geschaffen; weitaus mehr als zuvor für deutsche Zivilbeschäftigte bestanden.

**Unter Unsere Vorhaben:** Wir werden unsere erfolgreiche Konversionspolitik mit dem Ziel des Erhalts und der Schaffung von Arbeitsplätzen fortführen. Zur Verwertung der ehemaligen Militärf Flächen kommen viele frei werdende Flächen der Bahn und der Post und Industriebranchen hinzu. Wir werden auch künftig die Kommunen mit ihren Konversionsproblemen nicht alleine lassen und werden dabei vor allem die Potenziale der gesamten Region noch stärker in den Blick nehmen.

---

**WASG, DIE LINKE WAHLALTERNATIVE** (Das Wahlprogramm hat 36 Seiten.)

**6. Innenpolitik u. a.**

**Konversion für Frieden und Arbeitsplätze:** Auch 16 Jahre nach Ende des Kalten Krieges ist Rheinland-Pfalz die Region mit der dichtesten Militärpräsenz in Europa und der größten US-Militär-Community außerhalb der Vereinigten Staaten. Die amerikanischen Militär-Stützpunkte in Rheinland-Pfalz waren logistisches Drehkreuz für die völkerrechtswidrigen Angriffskriege auf dem Balkan sowie im Nahen und Mittleren Osten. Wir wollen die Förderung US-amerikanischer Militärstützpunkte auf Kosten rheinland-pfälzischer Steuerzahler einstellen. Überflug- und Bewegungsrechte dürfen bei völkerrechtswidrigen Einsätzen der amerikanischen Streitkräfte nicht mehr gewährt werden. Durch Gewerbeansiedlung konnten vielerorts mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als durch den Truppenabzug verloren gingen. Am Beispiel Bitburg lassen sich die möglichen Auswirkungen für den lokalen Arbeitsmarkt aufzeigen: Aus ehemals 600 Arbeitsplätzen, die durch den Militär-

standort entstanden waren, wurden 1.200 zivile Arbeitsplätze nach erfolgreicher Umwidmung der Militäreinrichtungen. Die öffentlichen Investitionen in das Projekt haben sich zudem rasch amortisiert. Entsprechende Konzepte sind daher auch für die Standorte Ramstein und Spangdahlem zu entwickeln.

**Konversionsprojekte sind Struktur- und Friedenspolitik:** Wir wollen daher die zivile Nutzung ehemaliger Militärstützpunkte wesentlich beschleunigen und konsequenter fördern. Noch strittige Verfügungs- und Eigentumsrechte müssen schnellst möglich geklärt und damit der Weg für wirtschaftsfördernde Investitionen des Landes und der Kommunen frei gemacht werden. Kompetenzrängeleien zwischen Bund, Land und Kommunen müssen beendet werden. Dazu gehört eine gründliche Durchforstung von Verwaltungsvorschriften und bürokratischen Hemmnissen, die eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Konversionsprojekte behindern. In die Konversionsprojekte sollte die Umwidmung nicht nur von Militäreinrichtungen, sondern auch von nicht mehr genutzten Bahn- und Postliegenschaften, Industrie- und Gewerbebrachen einbezogen werden. Den Kommunen sind vom Militär aufgegebenen Liegenschaften und Immobilien nach abgeschlossener Sanierung der Altlasten kostenlos als Teilentschädigung zu überlassen. Für die Erschließung von Konversionsprojekten, die Aufbereitung von Flächen und Bausubstanz und die Entsorgung von militärischen Altlasten sind wesentlich mehr finanzielle Mittel als bisher zu veranschlagen. Investitionen in Konversion müssen als Zukunftsinvestitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen begriffen und als Instrument der aktiven Arbeitsförderung behandelt werden. Zahlreiche Konversionsprojekte in Rheinland-Pfalz waren oder sind abhängig von Fördermitteln der europäischen Union. Das Land Rheinland-Pfalz muss sich auf Bundesebene und im internationalen Rahmen dafür einsetzen, dass der Konversion weiterhin eine Schlüsselrolle bei strukturpolitischen Entscheidungen und Fördermaßnahmen zukommt. Bisher nicht bzw. kaum genutzte Förderinstrumente oder nicht abgerufene Mittel sind auf ihre Verwendbarkeit für die Konversion zu überprüfen. Soweit bestimmte Projekte auf Grund geänderter Förderrichtlinien auf europäischer Ebene aus bisherigen Programmen herausfallen, muss die Landesregierung geeignete Maßnahmen ergreifen, um den begonnenen Strukturwandel erfolgreich fortzusetzen. Dazu muss endlich das seit Jahren geforderte Bundeskonversionsgesetz mit verbindlichen Regelungen für Verantwortlichkeiten beschlossen werden. Wir wollen dafür eintreten, dass die eingesparten Finanzen aus dem Wehretat zur Förderung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden. Ein erster Schritt dazu wäre das Auflegen eines Konversionsfonds von jährlich 10 Prozent des Verteidigungsetats. Die Kommunen sind als Träger der Konversion vor Ort in alle Entscheidungsfindungen einzubeziehen und umfassend zu informieren. Die Konversionsbeauftragten der Kommunen und örtlichen Verwaltungsstellen müssen in einem landesweiten Netzwerk kommunizieren und sich austauschen können. Informationen zu Förderinstrumenten, innovativen Konversionsprojekten und deren konkrete Ausgestaltungsmöglichkeiten vor Ort müssen vonseiten der Landesregierung aus einer Hand, unbürokratisch und leicht verständlich angeboten werden.

**Zivilisiert statt bewaffnet:** In Rheinland-Pfalz lagern die letzten amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden – mit einer Sprengkraft von 150 Hiroshima-Bomben. Abgesehen von den direkten verheerenden Unfallgefahren, die für die Bevölkerung von den hier gelagerten Atomwaffen und der Umwelt- und Lärmbelastung durch Militärflughäfen ausgehen, macht sich Rheinland-Pfalz damit zur Zielscheibe für den internationalen Terrorismus und zum Bremsklotz auf dem Weg zu einem zivilen Europa. Wir fordern den sofortigen Abzug der amerikanischen Atomwaffen und unterstützen die zahlreichen Bürgerinitiativen für ein atomwaffenfreies Europa. In der parlamentarischen Arbeit werden wir dafür sorgen, dass die berechtigten Forderungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger Gehör finden und in die Gesetzgebung einfließen. Ein ziviles und friedliches Europa beginnt vor unserer Haustür, dafür werden wir uns einsetzen. Wir fordern im Interesse der Men-

schen ein Nachtflugverbot für die Airbase Ramstein und den Fliegerhorst in Spangdahlem.

(Die Passagen sind wörtlich zitiert. Alle friedenspolitischen Aussagen wurden berücksichtigt.)

---

## **Ach, iwwerischens ...**

*Nie sinn die Bardeie so geschäfdisch wie vor de Wahle. Sunscht heert un sieht mer se es ganz Johr net, awwer wannse widder ehr Leit no Berlin odder wie jetz no Määnz ins Drugene schicke wolle, drigge se em uff de Gass all ehr Babiercher met denne veele leere Veschprechunge in die Hand – un die Kuchelschreiwter wo net gehn. Im Briefkaschde leit jeden Daach e anneres Hefdsche met scheene Bildscher vun Iuschsdische Kinner odder gligglische Alde. Un an jeder Schdrosselamp hängt e Babbedeggel meddeme annere Gesichd, wo vor zwanzisch Johr mol so jung gewessd is, wies jetz noch aussieht.*

*Kaum enner lest jo des veel Babier, un was die Tybbe im Radio un Fernseh alles vezehle, glaabd mer denne jo aa nimmi. Awwer was mer eich aus denne Bardeie ehre Programme rausgesucht hann, solldener eich doch emol e bissje genauer aagugge. Do gebts schunn Unnerschiede. Do macht sich jo sogar ää Verein blooss Gedangge um de Krach vun de Ziesch am Rhoi odder an de Mosel un wie laud die Fliecher iwwer Määnz sinn. Dass die Amis uns Hinnerpälzer vun moijens bis oowends terrorisiere, is denne scheissegal.*

*Annere vezehle ganz schdolz, wieveel Leit mää jetz dort schaffe, wo frieher aa die Amis ware. Blooss mer solle die Dschi Eis met ehre ganze Krach behalle, metsamt ehre Atom-bombe un denne ganze annere Mordwerkzeische noch dezu un jeden Daach leiv meterlewe, wie se vun de Palz aus in ehr uurechde Krieche ziehe.*

*Iwwerleen eich gut, woner dessmol eier Kreizjer mache, do gebbds jo zum Glick aa welle, wo bessere Vorschlääsch hann!*

---

### **Wichtige Telefonnummern:**

Luftwaffenamt Köln, gebührenfrei unter der Nummer	0800 / 8620730
Verbindungsbüro Flugplatz Ramstein	06371 / 952655
Innenministerium RLP –Flugbetrieb	06131 / 163382
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz	06131 / 164700
Bürgertelefon Verteidigungsministerium Berlin	01888 / 242424

---

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**